



FDP - Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister  
Peter Jung  
Rathaus, Wegnerstr. 7  
42275 Wuppertal*

Es informiert Sie     Andrea Sperling  
Anschrift             Rathaus Barmen  
                              42275 Wuppertal  
Telefon (0202)        563-6272  
Fax (0202)            563-8573  
E-Mail                 sperling@fdp-wuppertal.de  
Datum                 17.02.2006

**Anfrage**

**Drucks. Nr.        VO/0211/06**  
                          öffentlich

---

Zur Sitzung am                    Gremium  
**20.02.2006**                       **Rat der Stadt Wuppertal**

---

### **Mülldeponie Lüntenbeck**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Presseberichterstattung der Westdeutschen Zeitung vom 10. Februar 2006 konnten die Damen und Herren Stadtverordneten lesen, dass unbeschadet der von Frau Dr. Dinnebier vorgestellten und allseits begrüßten Plänen für die künftige Nutzung der ehemaligen Mülldeponie Lüntenbeck die AWG auf dem Gelände 50.000 (!) Tonnen Schlacke ablagern will und dass hierzu auch schon eine über bzw. mit der Stadt Wuppertal beantragte Genehmigung seitens der Bezirksregierung vorliegt. Da der dieses Thema behandelnde Ausschuss hierüber nicht informiert wurde, sondern sogar eher mit anders lautenden Informationen bedient wurde, bittet die FDP-Fraktion im Rat der Stadt um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen in der Sitzung des Rates am 20. Februar 2006:

1. Wann hat die AWG nach heutiger Kenntnis der Stadt die Ablagerung auf der ehemaligen Mülldeponie Lüntenbeck direkt oder indirekt bei der Bezirksregierung beantragt? Welche Rolle hat dabei die Verwaltung gespielt (Antragstellerin, Stellungnahmeverfahren o. ä.)?
2. Hat die AWG im Vorfeld, während oder im Nachgang dieses Antragsverfahrens die Stadt Wuppertal informiert? Falls ja, welche Stellen der Stadt Wuppertal genau wurden informiert und wann geschah dies?
3. Hat die AWG im Vorfeld, während oder im Nachgang dieses Antragsverfahrens den Mutterkonzern WSW AG, den eigenen Aufsichtsrat oder den der WSW AG informiert? Falls ja, welche Gremien genau wurden informiert und wann geschah dies?

4. Welche Stellen innerhalb der Verwaltung hatten zu welchem Zeitpunkt Kenntnis von dem Vorgang? Welche Beigeordneten des Verwaltungsvorstandes hatten – aus welchen Quellen auch immer – von dem Vorgang Kenntnis? Seit wann? War der Vorgang Gegenstand einer Beratung im Verwaltungsvorstand? Falls ja, wann?
5. Hat die Verwaltung die zuständigen politischen Gremien, namentlich die Ausschüsse für Umwelt und für Stadtentwicklung, ganz oder teilweise informiert? Falls ja, durch wen und wann?
6. Ist Frau Dr. Dinnebier im Vorfeld der Presseberichterstattung von dem Vorhaben unterrichtet worden, damit sie dies in ihre Planungen einbeziehen hätte können? Falls ja, durch wen und wann?
7. Ist die Verwaltung der Auffassung, dass – da ja eine grundsätzliche Befassung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 25.01.06, also noch vor der Presseberichterstattung, durchgeführt wurde – es sich um ein ordentliches Verfahren handelt, wenn sie den Ausschuss ohne vollständigen Informationshintergrund über die Angelegenheit beraten und entscheiden lässt?
8. Hat die AWG Rückstellungen zur Schließung der Mülldeponie Lüntenbeck gebildet? Wenn ja, in welcher Höhe?

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Henke  
- Fraktionsvorsitzender -